

Des Kalendermanns Weltumschau

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **230 (1951)**

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-375421>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Des Kalendermanns Weltumschau

„Wie steht's, gibt es bald wieder Krieg? Und zwar nicht nur Krieg irgendwo auf fernen Kontinenten, sondern bei uns?“ Wie oft ist diese Frage schon an den Kalendermann gestellt worden! Man traut ihm dabei z u v i e l zu, nämlich daß seine Augen das Dunkel der Zukunft durchdringen, oder zum mindesten, daß er mit den Großen dieser Welt auf vertraulichem Fuße stehe und von diesen in die Geheimnisse der hohen Politik eingeführt werde. Ach, wie wenig fühlt sich der Kalendermann zum Zeichendeuter und politischen Propheten berufen. Selbst wenn er an allen Konferenzen teilnehmen könnte und zu allen Regierungs- und Diplomatenbüros Zutritt hätte, in die H e r z e n der Menschen sieht er doch nicht hinein und die Gesinnung der Massen kann er nicht erforschen. Der Kult der M a s s e n aber, d a s ist die große Gefahr für die Menschheit. Das Wort, daß „die Völker keinen Krieg wollen“, kann der Kalendermann nur sehr bedingt unterschreiben, so lang es Massen gibt, die sich für den Krieg präparieren lassen und die blindlings d e m Gefolgschaft leisten, der ihnen am meisten verspricht und ihnen das schönste Liedchen vorpfeift. Der Rattenfänger von Hameln lebt immer noch.

Trotzdem will der Kalendermann auf die alle Gemüter bewegende Frage nach Krieg oder Frieden eine Antwort zu geben versuchen, vorher aber möge ihm der Leser auf seinem gewohnten Rundgang von Volk zu Volk in E u r o p a und weiterherum durch die K o n t i n e n t e – denn in Kontinenten entwickelt sich heute das Zukunftsbild der Menschheit – folgen.

Im Mittelpunkt der Dinge steht für uns immer noch

Deutschland.

Der Riß, der durch den ehemals einheitlichen deutschen Zentralstaat geht, ist zugleich der Riß, der Europa in westliche und östliche Mächtegruppen scheidet. Noch wartet Deutschland, fünf Jahre nach Kriegsende, auf einen Friedensvertrag, der ihm seine Selbständigkeit zurückgibt und seine Beziehungen zu den andern Nationen dauernd regelt. Auf dieses Ziel hin arbeitet die Zeit, was an einzelnen bemerkenswerten geschichtlichen Daten dargetan sei.

Im Sommer 1949 wurde in der ganzen französischen Zone die Kontrolle der Wirtschaft den deutschen Behörden übertragen.

Am 14. August fanden die Wahlen zum ersten deutschen Bundestag statt. Die Christlichdemokraten und die Freien Demokraten erwiesen sich als die stärksten Parteien. Zusammen bilden sie eine tragfähige Grundlage für den demokratischen Aufbau Westdeutschlands.

Am 7. September wurde das erste westdeutsche Bundesparlament in Bonn eröffnet. Es wählte Prof. Dr. Theodor Heuß zum Bundespräsidenten, Dr. Konrad Adenauer zum Bundeskanzler.

Am 21. September übernahm die westalliierte Hochkommission die politische Oberaufsicht in Westdeutschland.

Am 2. Oktober richtete Moskau eine Protestnote an die Westmächte gegen die Bildung der deutschen Bundesrepublik. Im gleichen Monat wird durch den „Volksrat“

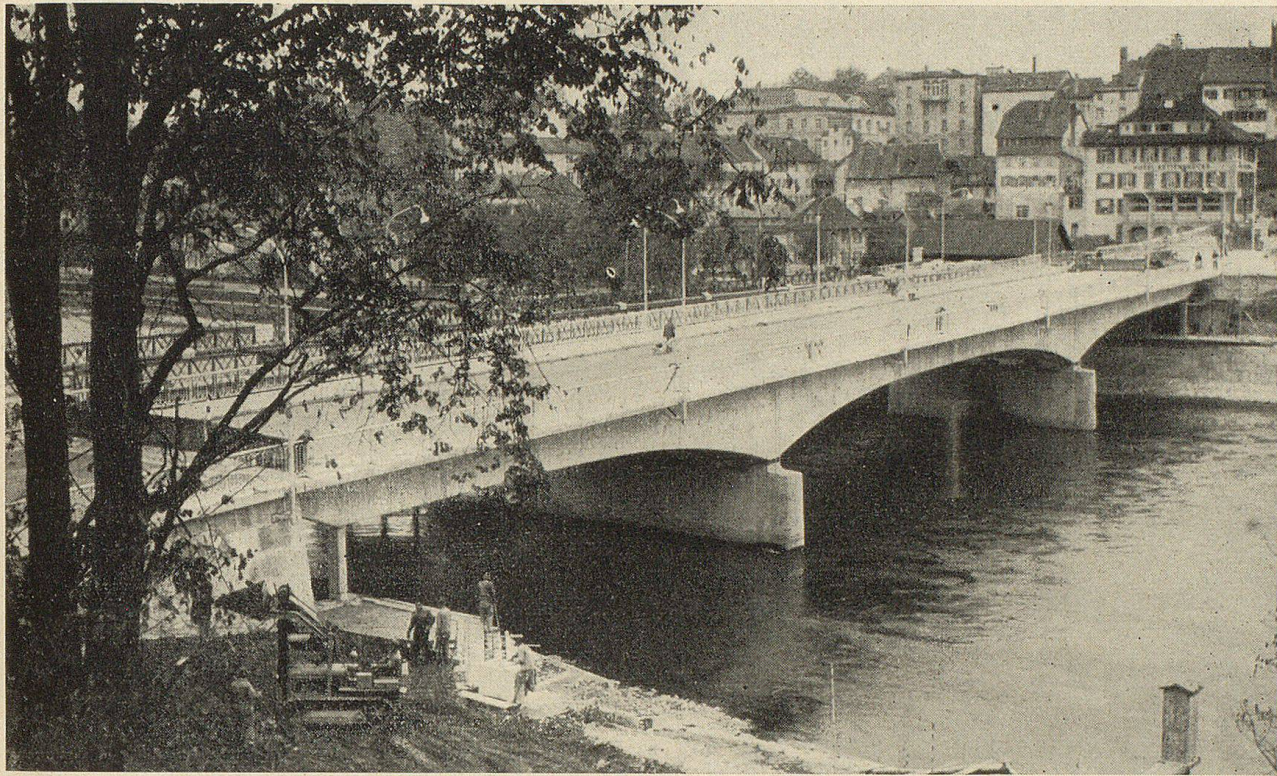
für Ostdeutschland die „deutsche demokratische Republik“ proklamiert. Otto Grothwohl wird erster Ministerpräsident, Wilhelm Pieck Staatspräsident.

In den ersten Monaten des Jahres 1950 greift in Westdeutschland wachsende Erbitterung um sich wegen den von den Besatzungsmächten, besonders England, immer noch verfügten Demontagen von frühern Kriegs-Industriebetrieben. Es kommt an verschiedenen Orten zu heftigen Konflikten zwischen den militärischen Instanzen und der Arbeiterschaft, die durch die Zerstörung der Industrieanlagen brotlos gemacht wird. Die soziale Lage wird erschwert durch den ständigen Zustrom von mittellosen Flüchtlingen aus dem deutschen Osten.

Was im Westen am meisten verschluckt, ist die ausgesprochene Vorliebe deutscher Politiker, sich auf das glatte Parkett der Außenpolitik zu begeben. Wochenlang hat die S a a r f r a g e die politischen Gemüter erregt, weil Frankreich auf seinen wirtschaftlichen Ansprüchen an die Saar beharrt. Andererseits sprach der französische Außenminister Schuman ein erlösendes Wort, als er anfangs Mai als ersten Schritt zur wirtschaftlichen Einigung der Nationen die Zusammenlegung der französischen und der deutschen Kohlen- und Stahlproduktion vorschlug. Fast gleichzeitig veröffentlichte die Londoner Konferenz der drei Außenminister eine Erklärung, die die Bereitschaft bekräftigt, Deutschland in zunehmendem Maße in die Gemeinschaft der freien Völker Europas einzugliedern.

Was geht unterdessen im Osten? Die sog. deutsche Volkspolizei wird mehr und mehr zu einer militärischen Kerntruppe ausgebaut (ob der Westen gleichgerichtete Maßnahmen treffen soll, darüber streiten die Geister). Berlin bleibt der hartumstrittene Brückenkopf zwischen West und Ost. Er verperrt der im Osten regierenden S. E. D., der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den Weg nach Westen und hindert sie, ihre Herrschaft in der Ostzone endgültig zu festigen. Daß der Kommunismus des Ostens die geistige Machtergreifung mit allen Mitteln intensiviert, zeigt der Pfingstaufruch der östlichen Jugend in Berlin. Mag auch in der Teilnehmerzahl (500 000 oder gar 700 000) viel propagandistische Übertreibung stecken, so ist doch die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Masse wieder marschiert und die Jugend wieder demonstriert wie zu Hitlers Zeiten, nur der Führer, das politische Ideal und die Farbe der Hemden sind anders geworden.

Von höchster politischer Tragweite ist das zwischen einer ostdeutschen und einer polnischen Delegation in Warschau abgeschlossene Abkommen, in welchem die O d e r - N e i ß e - L i n i e als Grenze zwischen den beiden Staaten anerkannt wird. Die roten Drahtzieher nennen diese Grenze „Friedensgrenze“ und drohen dem, der ihnen diese Errungenschaft streitig machen will, mit - Krieg! . . . In Westdeutschland herrscht Erbitterung über dieses Abkommen. In London wird erklärt, die sog. ostdeutsche Regierung habe überhaupt kein Recht, an irgend jemand Gebiete abzutreten, da die definitive Grenzziehung der friedensvertraglichen Regelung vorbehalten bleibt.



Die neue Brücke über die Aare in Aarau

(ATP)

Daß der Friedensvertrag mit Deutschland als Teil künftiger Weltfriedensicherung noch in weite Ferne gerückt ist, versteht jeder Einsichtige, aber daß

Osterreich

das gar nicht selbständig Krieg geführt hat, sondern einfach vom braunen Militarismus vergewaltigt worden ist, noch immer auf eine vertragliche Anerkennung seiner Selbständigkeit warten muß, ist bedenklich. Am 23. Mai hat die Konferenz der Außenminister-Stellvertreter in 254. Sitzung (!) das Problem Osterreich behandelt, blieb aber wie immer auf irgend einem toten Punkt stehen...

Zum Glück erlebt Osterreich auch ohne Friedensvertrag eine schrittweise Erleichterung des Besatzungsregimes: Abbau der Besatzungstruppen und der Kontrollinstanzen und damit finanzielle Entlastung. Freilich springt der Unterschied zwischen der Haltung der Westmächte einerseits und den östlichen Methoden andererseits in die Augen; treten die Sowjetorgane äußerlich wenig in Erscheinung, in der Stille leiten sie doch beharrlich möglichst alle Wasser auf ihre Mühle. Sie beuten die Erdölquellen von Zistersdorf aus, führen Industrieprodukte auf Reparationskonto nach Osten ab und legen die Hand auf alles wirkliche oder vermeintliche deutsche Eigentum im Lande.

Als Aktivposten kann die österreichische Regierung auch die Besserung des Verhältnisses zum südlichen Nachbarn jenseits der Karawanken verbuchen. Gehen auch im Grenzgebiet die jugoslawischen Gewehre wie von selber los, ist doch die ständige Drohung der Okkupation slowenischen und kärntnischen Gebietes durch Jugoslawien ver-

stummt. Hinter jener Drohung steckte natürlich Sowjetrußland, aber seit es mit der Freundschaft zwischen Moskau und Belgrad aus ist, ereifert man sich russischerseits auch nicht mehr für Titos künstlich motivierte territoriale Ansprüche.

Im Oktober 1949 wählten die Oesterreicher ihr Parlament neu. Die Volkspartei erlangte 47 Sitze (bisher 85), die Sozialdemokraten 67 (76), der als Sammelbekenntnis der amnestierten Nazi geltende Verband der Unabhängigen 16 (10), die Kommunisten und Linkssozialisten 5 (4).

Italien

Der Kalendermann hat vor einem Jahr auf die Tatsache hingewiesen, daß eine 30 Prozent der Wähler umfassende, straff organisierte kommunistische Partei immer darauf ausgehen wird, der Regierung De Gasperi das Leben schwer zu machen. Wie ernst auch die Kirche die kommunistische Gefahr einschätzt, das zeigt das vom Vatikan ausgegangene Exkommunizierungsdekret gegen alle Katholiken, die freiwillig mit den Kommunisten zusammenarbeiten. Die umstürzlerische Agitation zeitigt ihre Früchte in bald da, bald dort inszenierten Streikaktionen, bei welchen es mitunter zu heftigen Zusammenstößen mit den Organen der staatlichen Ordnung kommt, oder man entdeckt immer wieder geheime Waffenlager, über deren Zweck man nicht lange zu raten braucht. Mehr und mehr verlegt der Kommunismus seine Hauptagitation aufs Land. Dort findet er in der Arbeitskrise, der das Landproletariat periodisch ausgesetzt ist, den besten Nährboden für seine Umsturzideen.

Außenpolitisch stehen zwei Fragen im Vordergrund: die Regelung der Besitzrechte in und um T r i e s t, in der Hoffnung, damit die beiden Staaten diesseits und jenseits der Adria einander wenigstens wirtschaftlich anzunähern, ein Ziel, das Außenminister Sforza beharrlich verfolgt, und sodann die Ansprüche Italiens als ehemalige Kolonialmacht, die allerdings nur zum kleinen Teil von den Siegermächten des Westens anerkannt worden sind. Dagegen haben sich Italien und Griechenland über die Inseln des Dodekanes verständigt; Italien hat sich zudem auf eine Reparationszahlung von 105 Millionen Dollar verpflichtet.

Der Marshallhilfe verdankt Italien einen kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung. Dazu kommt ein belebender Strom von Millionen von Gästen aus aller Welt ins Land im Zeichen des „Heiligen Jahres“.

Frankreich

Zuerst ein Blick auf Frankreichs Innenpolitik, die im Grunde nichts anderes ist als eine Dauerkrise, hervorgerufen durch die Rivalität der Parteien. Im September 1948 war es Henri Queuille, der mit seinem persönlichen Einsatz das Land aus schier revolutionärem Zustande herausgerissen und zur Besinnung gebracht hat. Er konnte sich halten bis zum Oktober 1949, dann brach seine Regierung zusammen, weil der rechte und der linke Flügel sich über den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kurs nicht einigen konnten. Sein Nachfolger Jules Moch erhielt eine so klägliche Mehrheit in der Kammer, daß er verzichtete, René Mayer ließ es gar nicht zu einem ernstlichen Versuch in der Regierungsbildung kommen. Da rettete nach dreiwöchigem Hin und Her Georges Bidault die Situation. Es ist ihm gelungen, das Land durch verschiedene Arbeitskonflikte mit Affären aller Art glücklich hindurchzusteuern. Fragen wie die Aufbesserung der Beamtengehälter, die dem Staat sieben Milliarden Frs. Mehrkosten verursachen würde, oder wie die Wahlreform, bei der Volkrepublikaner und Sozialisten am Proporzsystem festhalten, während die Radikalen für das Majorzsystem eintraten, schwebten aber immer wie ein Damoklesschwert über der Regierung. Am 24. Juni ist Bidault überraschend über der Beamtenfrage gestürzt, indem die Kammer mit 352 gegen 230 Stimmen ihm das Vertrauen entzog. Da tauchte Queuille wieder aus der Versenkung auf, aber nach wenigen Tagen bliesen Sozialisten, Kommunisten und Gaullisten auch seinem Kabinett das Lebenslicht aus. Und jetzt ist ein neuer, bisher wenig bekannter Mann am Ruder: René Pleven.

Das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland ist durch nichts so vergiftet worden wie durch den Rauch der Saarkohle. Man sollte eigentlich, bevor man von der Saarspricht, die wechselvolle Geschichte dieser Grenzzone rekapitulieren, aber da dies zu weit führen würde, sei bloß an die Volksabstimmung vom 13. Januar 1935 erinnert, in der 90 Prozent der Bevölkerung für Deutschland votierten, nicht aber für Hitler, denn das katholische Saarland stand diesem Usurpator ablehnend gegenüber. Seither mag sich die Stimmung weitgehend geändert haben, so daß das Volk keine Einwendung gegen die Verpachtung der Kohlengruben an Frankreich erhob. In Bonn zeigte man sich dagegen erstaunt und erbittert und

ließ dies Außenminister Schuman bei seinem Besuch in Deutschland deutlich merken.

Im Januar hat die Nationalversammlung mit 400 gegen 193 Stimmen die drei Abkommen ratifiziert, welche die politische Neuordnung in I n d o c h i n a in die Wege leiten sollen. Das aus der Vereinigung von Tonking, Annam, Cochinchina entstandene und durch den Exkaiser Bao Dai repräsentierte Vietnam erhält damit verschiedene Kennzeichen der Souveränität und wird als „Etat associé“ Mitglied der Union Française. Ähnlich verhält es sich mit den beiden Königreichen und früheren Protektoraten Cambodscha und Laos, deren Dynastien in den letzten Jahren die Wahrung ihrer Interessen in einer engen politischen Zusammenarbeit mit Frankreich gesucht haben. Von nun an gehört die Sammelbezeichnung Indochina der Vergangenheit an.

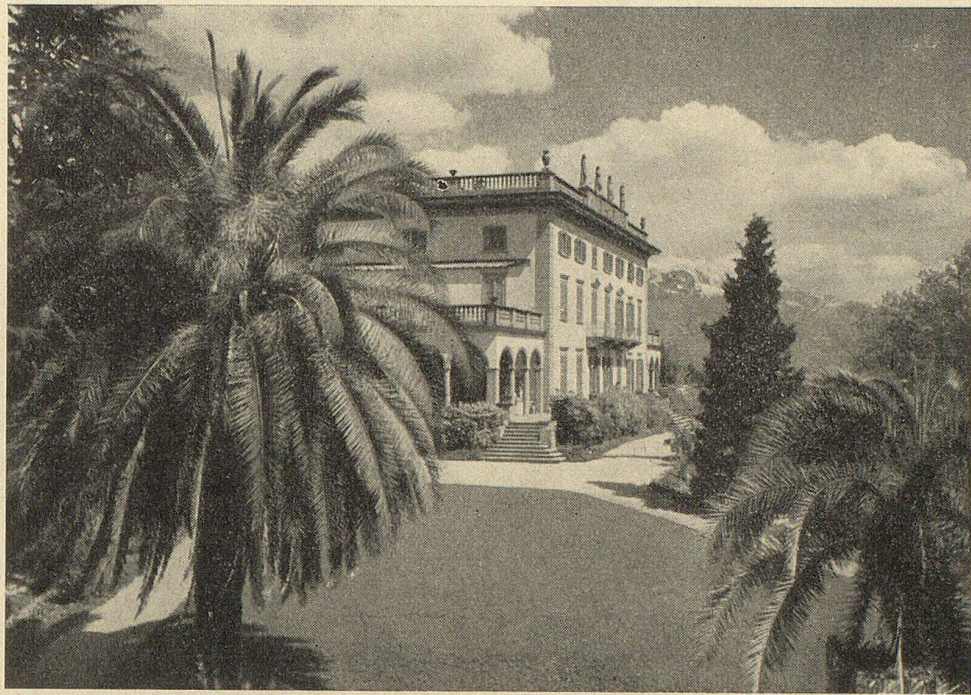
England

Das große Ereignis Englands war die N e u b e s e t l u n g des P a r l a m e n t e s, d. h. des Unterhauses, am 23. Februar. Das Parlament von 1945 hatte eine lange Lebensdauer. Alle seine Vorgänger in den letzten viereinhalb Jahrzehnten waren – mit Ausnahme der beiden Parlamente, deren Amtszeit durch die Weltkriege von 1914/18 und 1939/45 verlängert wurde – in einem früheren Stadium schon zu Fall gekommen. Zweimal schon war Labour – mit den Kabinetten Mac Donalds von 1923/24 und 1929/31 – „im Amt“ gewesen; diesmal war die Partei „an der Macht“, und sie hat sie ausgenutzt. Sie trug die Verantwortung für eine überstürzte Verstaatlichungspolitik. Bei den Nationalisierungen und dem eifertigen Ausbau der sozialen Fürsorgeeinrichtungen ließ sich die Labourregierung in erster Linie von der Absicht der Eroberung und Festigung wirtschaftlicher und politischer Macht leiten. Die Häufung sozialistischer Maßnahmen und der vom Gedanken des Wohlfahrtsstaates inspirierten Reformen ergab Komplikationen, Verpflichtungen und Lasten, welche die durch den Krieg geschwächten Kräfte Großbritanniens überstiegen, seine natürliche wirtschaftliche Erholung erschwerten und die Rückkehr zu einer normalen Lebenshaltung verzögerten. Die im September 1949 verfügte Pfundabwertung war auch nicht geeignet, das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Labourregierung zu festigen. So begrüßte das englische Volk die Gelegenheit, mit dem Wahlzettel seiner Meinung Ausdruck zu geben. Das Resultat: Den 13 224 000 Wählern, die diesmal für Labour gestimmt haben, standen 12 408 000 konservative und 2 617 000 liberale Stimmen gegenüber. Die Vertretung der Labourpartei ging von 389 auf 315 Mandate zurück, während die der Konservativen von 209 auf 297 anstieg, wozu noch 9 Liberale und 4 andere Sitze kommen. Die Verschiebung reichte nicht aus, um die Konservativen ans Ruder zu bringen; sie hat aber die Mehrheit der Labourpartei derart zusammenschrumpfen lassen, daß sie nur noch mit Duldung der bürgerlichen Fraktionen die Zügel der Regierung in den Händen zu behalten vermag. Die neue Regierung Attlee mit Morrison als Lord-Präsident, Bevin als Außenminister und Cripps als Schatzkanzler erhielt ein dürftiges Vertrauensvotum mit 310 Stimmen gegen 296 Gegenstimmen. Seither hat sich die Labour-

fraktion in einer Reihe von Sachabstimmungen der Opposition immer mit sehr spitzem Stimmenüberschuß erwehren können. — Auf der Totentafel Englands steht einer seiner fähigsten Heerführer, Feldmarschall Lord *W a v e l l*, der im ersten Weltkrieg in Frankreich gekämpft, im zweiten Weltkrieg in Nordafrika sich mit italienischen und deutschen Heeren gemessen hat und nachher mit nicht weniger großen organisatorischen Aufgaben im Fernen Osten betraut worden ist.

Im Nord- und Ostseegebiet

Der 26. Juni war großer Wahltag in Belgien, man bezeichnet ihn als Schicksalstag für das belgische Volk. Denn das Wahlergebnis sollte eindeutig auch über die Rückkehr König Leopolds III. auf den Thron Klarheit schaffen. Durch die Königsfrage hat sich eine tiefe Kluft im Volke aufgetan. Die führende christliche Partei warb nach Kräften für die Rückkehr des Königs, die ebenfalls starke sozialistische Partei arbeitete entschlossen dagegen, die Liberalen schieden sich in dieser Sache in zwei Lager. Der König suchte korrekt den Mehrheitswillen des Volkes durch eine Abstimmung festzustellen. Am 12. März fand das sog. Königsreferendum statt, wobei 2 933 282 Stimmen für und 2 151 881 Stimmen gegen die Rückkehr Leopolds abgegeben wurden, also etwas mehr als die 55 Prozent, die er selbst für seine Rückkehr zur Bedingung gemacht hatte, damit war aber nur die persönliche Frage entschieden, ob Leopold selbst oder sein jugendlicher Sohn Balduin den Thron besteigen solle, wenn — und hier liegt der Haken — das belgische Volk überhaupt bei der Monarchie als verfassungsrechtlichem Prinzip beharren wolle. Der 12. März enthielt nur eine Konsultierung des Volkes, der eigentliche Entscheid lag in den Händen des Parlamentes. Darum kam den Parlamentswahlen vom 26. Juni eine entscheidende Bedeutung zu. Die Christlich-soziale Partei hat sich im Senat die absolute Majorität gesichert, in der Kammer dazu aber 3 Sitze zu wenig erhalten. Damit hat sich in der Zwiespältigkeit der Königsfrage nichts geändert, die Christlichsozialen fanden ohne Hilfe von anderer Seite keine Mehrheit für die Rückkehr des Königs, wohl aber war für dessen Sohn der Weg auf den Thron verbreitert, denn an der monarchistischen Thronfolge rütteln auch die Sozialdemokraten nicht. Die entscheidenden Parlamentsdebatten fielen in die Woche vom 17. bis 22. Juli. Das Ergebnis war Beendigung der Re-



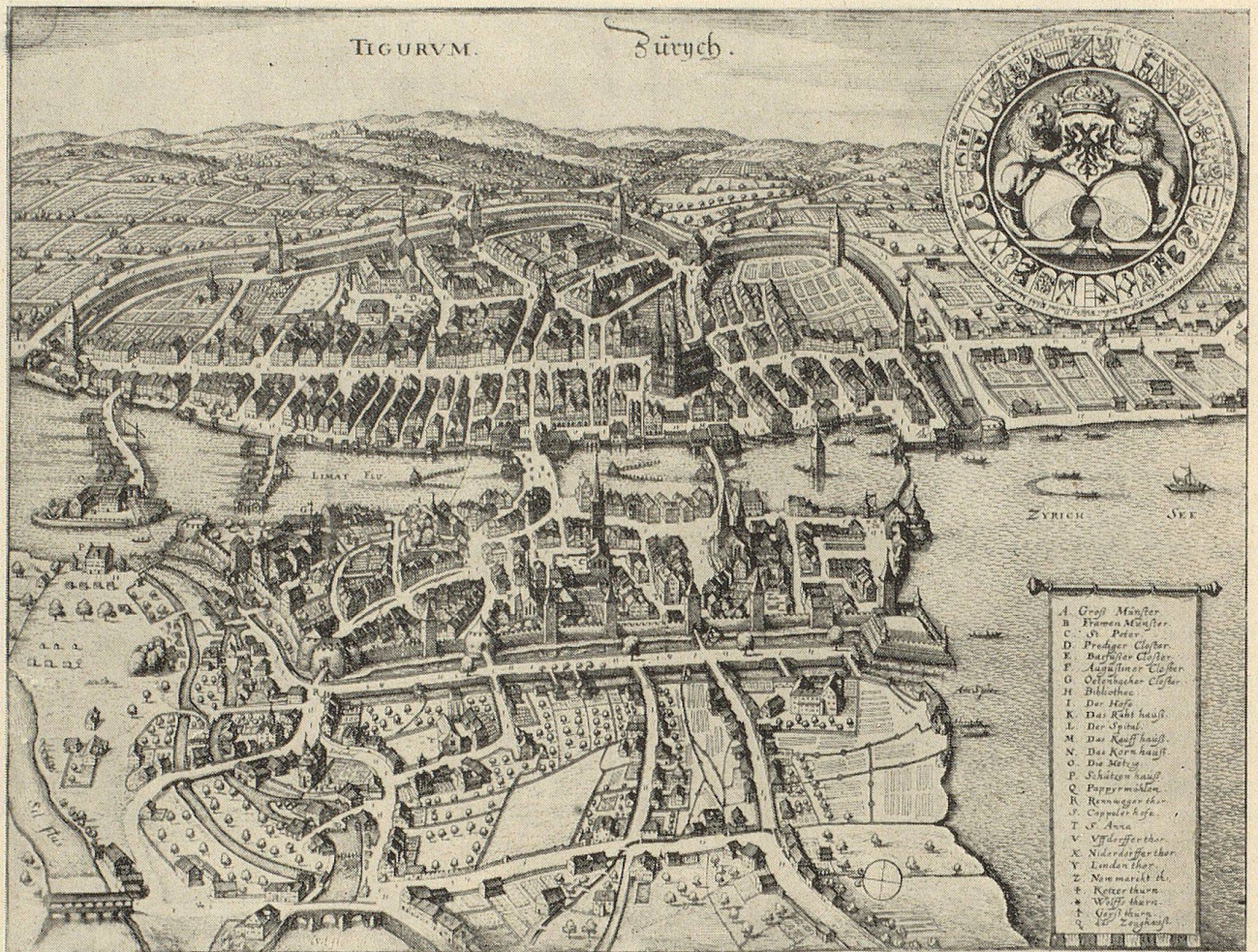
Der Palazzo auf der Brissago-Insel, inmitten der aus der Verwilderung auferstandenen tropischen Vegetation. (Phot. Pancaldi, Ascona.)

gentschaft, Rückruf des Königs Leopold III. auf den Thron mit 198 Stimmen der Christlichsozialen, während die Liberalen, die Sozialisten und Kommunisten überhaupt nicht stimmten, sondern schon vorher das Parlament verließen.

Unter diesen keineswegs erfreulichen Umständen hielt Leopold am 22. Juli seinen Einzug in Brüssel. Die ersten Tage seines Königstums enthüllten gleich die ganze Schärfe des innerpolitischen Konfliktes, indem die Leidenschaften in Demonstrationen, Streiks und blutigen Zusammenstößen sich entluden. Der Druck der sozialistischen Aktion verstärkte sich jedoch gegen das Monatsende zu einem solchen Sturm, daß die Wallonen und Flamen sich immer mehr verfeindeten und der Staat in Trümmer zu gehen drohte. Im Angesicht dieser Gefahr entschloß sich der König in letzter Stunde, zugunsten seines Sohnes abzudanken. Das hätte der offenbar etwas eigensinnige Monarch früher haben können, ohne sein Land in solche Unruhen zu stürzen.

Auch Holland hatte seinen historischen Tag. Am 27. Dezember hat die Königin Juliana in feierlichem Staatsakt die Hoheitsrechte über das frühere Niederländisch-Indien an die Vertreter der jungen Republik Indonesien Serikat übertragen. Das große holländische Kolonialreich ist am Ende seiner Geschichte angelangt. Die Zukunft wird lehren, wie das selbständig gewordene gewaltige Reich regiert werden wird. Zehntausende von tüchtigen Beamten und Wirtschaftsmännern verlassen nun aus Gründen persönlicher Sicherheit das Land.

Die skandinavischen Staaten stehen am Scheideweg: der norwegische Außenminister Lange



Die Stadt Zürich im Mittelalter, etwa 200 Jahre nach dem Eintritt in den Bund der Eidgenossen (nach einem Stadtplan v. Jos. Murer)

plädiert für die engere Zusammenarbeit mit den Westmächten, sein schwedischer Kollege Unden beteuert Rußland gegenüber den unerschütterlichen Neutralitätswillen. Dänemark, dessen ungünstige geographische Lage und relativ schwache Rüstung für den Nordpakt vorläufig eher noch eine Belastung bedeutet, gefällt sich weiterhin in der Rolle eines Vermittlers zwischen Norwegen und Schweden, um die strategische Einheit Skandinaviens zu verwirklichen.

Im Oktober fanden die Storting-Wahlen in Norwegen statt. Die Sozialisten verstärkten ihre Mehrheit, indes die Kommunisten 10 von ihren 11 Sitzen verloren.

Für Finnland sind die Beziehungen zur Sowjetunion mehr als für jeden andern Staat eine Existenzfrage. Für den ausländischen Beobachter ist es erstaunlich, zu sehen, wie dieses Land, das manche zur russischen Einflußsphäre zu rechnen bereit waren, seine Selbständigkeit zu bewahren vermochte. Die Finnen führen dies vor allem darauf zurück, daß sie die Russen und ihre Mentalität besser kennen als jede andere Nation. Ein weiterer Grund ist, daß Finnland alle Verpflichtungen, die ihm im Friedensvertrag auferlegt wurden, genau erfüllt, For-

derungen, die darüber hinausgehen, dagegen Widerstand entgegengesetzt, selbst auf die Gefahr hin, daß dies einmal zu Komplikationen führen könnte. Darum darf Finnland es auch wagen, russische Protestnoten wegen angeblicher antirussischer Agitation durch sog. „Kriegsverbrecher“ in aller Ruhe zurückzuweisen. Ein Zeichen fester innenpolitischer Haltung ist auch die im Februar erfolgte Bestätigung des Staatspräsidenten Paasikivi.

Die Tragödie, die sich in den baltischen Ländern abspielt, kann man nur ahnen. Westeuropäische Augen werden strengstens ferngehalten, schon aus militärischen Gründen. Denn die baltische Ostseeküste wird zur großen russischen Seefestung ausgebaut.

Sowjetrußland und seine Satelliten

Im März fanden in Rußland die Wahlen zum obersten Sowjet, dem gesetzgebenden Organ dieses Landes, statt. Die Kandidaten waren alle in Moskau, durch das Politbureau, zum voraus ausgefucht worden. Sie wurden gewählt bei einer Stimmbeteiligung von 99,9 Prozent! Was verstehen wir Hirtenknaben von wahrer Demokratie! Bei uns gibt es allemal etwa einen Kran-



Die Stadt Zürich in ihrer heutigen Entwicklung (Phot. Swissair)

fen, einen Ortsabwesenden oder gar einen, dem's zu stark regnet, um sich an die Urne zu bemühen. Wahre „Volksdemokratie“ aber kennt keine solchen Entschuldigungen!

Im Dezember hat der russische Generalissimus Stalin seinen 70. Geburtstag gefeiert. Die Gläubigen in aller Welt legten ihm schier die Hände unter die Füße, auch die schweizerische PöA. gesellte sich zu den Gratulanten und Ilja Ehrenburg (der später ausgerechnet in der Schweiz als politischer Redner auftreten wollte) bezeichnet ihn als den „größten Mann aller Zeiten“. Die ganze militärische Macht Sowjetrußlands wurde dem Volk der Städte in riesigen Paraden vorgeführt. Vom gleichen Land aus aber geht eine große „Friedens-Aktion“. Die von Moskau ausgesandten Friedenstauben hatten anfänglich den Zweck, die deutsche Sozialdemokratie dem Kommunismus vorzuspannen und die „gegenseitige Küstungshilfe“ der Mächte des Atlantikpakt auf die lange Bank zu schieben. Heute tarnt man mit Friedensproklamationen den eigenen Militarismus, damit die „Kriegshebe“ des Rivalen Amerika um so verabscheuenswürdiger erscheine.

Im gleichen, von Moskau aus befohlenen Jahrwasser segeln die sog. Satellitenstaaten von der Oder bis in den Balkan hinunter. Satellit bedeutete ursprünglich Leibwächter, Begleiter, Trabant. Die Satellitenstaa-

ten bilden die Leibwache im Kreml gegen den Westen Europas. Aber es sind unzuverlässige Schutzgarden, auf ihnen lastet die Faust des Diktators und sie werden bei erster Gelegenheit die Gefolgschaft aufkündigen. Aber jetzt darf keiner aufmucken. Am 7. November ist der russische Marschall Rokossowski „auf Wunsch Polens“ polnischer Verteidigungsminister geworden. Damit ist Polens Armee an Rußland verkauft worden. Wie gründlich die Russifizierung Polens an die Hand genommen wird, sieht man daran, daß die russische Sprache zur zweiten Landessprache erhoben werden soll. Daß der polnische Nationalstolz so was erträgt!

In der Tschechoslowakei ist der Vernichtungsfeldzug gegen das Bürgertum in vollem Gange. Im Juni endete ein propagandistisch aufgezogener Hochverratsprozeß mit 4 Todesurteilen und schweren Gefängnisstrafen. Eine zum Tode verurteilte Frau Horakowa hatte bis zuletzt den Mut, sich zu Masaryk und Benesch zu bekennen.

Ungarn erhielt am 18. August 1949 seine neue „volksdemokratische“ Verfassung. Es ist viel von Freiheitsrechten des Volkes darin die Rede, von Gleichheit vor dem Gesetz, von Achtung gegenüber Glaube und Gewissen – aber warum muß dieses Paradies mit Minen und Stacheldraht gegenüber dem Westen abgesperrt sein?

In Rumänien leitet Frau Anna Pauker die Außenpolitik; die ausgeplünderten und ihrer Freiheit beraubten Rumänien-Schweizer haben die dort herrschenden Methoden am eigenen Leibe erfahren müssen.

Bulgarien muß Moskau als militärische und politische Bastion gegen Jugoslawien dienen, auch in Albanien regiert nicht das Ministerium Hodzha, sondern die als „Handelskommission“ getarnte russische Geheimpolizei. Beizufügen ist noch, daß in den Oststaaten die Kirche dem politischen Totalitätsstreben immer noch den stärksten geistigen Damm entgegenstellt. Polen verkündete zwar eines Tages offiziell, daß Staat und Kirche ein Abkommen getroffen hätten, was der Vatikan aber bald darauf kategorisch bestritt. Das Einkerkern unbeliebter Geistlicher dauert an, in Prag untersteht Erzbischof Beran ständiger polizeilicher Kontrolle, ist also auch nichts anderes als Gefangener.

Nur drei Staaten des europäischen Südostens bewahren sich gegenüber dem roten Koloss ihre Freiheit, zum mindesten eine selbständige Haltung: die Türkei, Jugoslawien und Griechenland.

Die türkischen Parlamentswahlen haben ziemlich unerwartet zu einer Niederlage der republikanischen Regierungspartei und damit zum Sieg der demokratischen Partei geführt. Nicht weniger als zehn Mitglieder der Regierung wurden als Abgeordnete weggewählt, darunter der Ministerpräsident und der Außenminister. Der Sitz des Staatsoberhauptes ging von Inönü auf Celal Bayar über. Man sieht in diesem politischen Umschwung eine Stärkung des demokratischen Elementes in der Türkei, aber eine Demokratie in unserem Sinne ist die Türkei noch lange nicht. Die Nationalversammlung hat gewaltige und unbefchränkte Machtbefugnisse.

Griechenland konnte im Herbst 1949 das siegreiche Ende des Bandenkrieges im jugoslawisch-albanischen Grenzgebiet melden. Da die Rebellen aber zum Teil jenseits der Grenze Unterschlupf gefunden, muß Griechenland im Norden immer noch mehr als 100 000 Mann auf den Beinen halten. Wie soll das ausgepowerte Land das ertragen? Das innenpolitisch bedeutungsvollste Ereignis waren die Parlamentswahlen vom 5. März. Sie haben die erhoffte Klärung nicht gebracht. Weder einer der historischen Parteien noch einer der neuen Gruppen, die auf Grund bloßer opportunistischer Erwägungen entstanden sind, ist es gelungen, die Zahl von Sitzen zu erhalten, deren sie bedürfte, um allein eine Regierung bilden zu können. Es ist aber doch anzuerkennen, daß trotz Krieg, Bürgerkrieg und wirtschaftlicher Not in Griechenland freie Wahlen stattfinden konnten, bei denen die Extremisten von rechts und links eine schwere Enttäuschung erlebten und ein starker bürgerlicher Mittelblock den Sieg davongetragen hat. Der liberale Venizelos übernahm die allerdings auf schmaler Parteibasis beruhende Regierung, trat dann aber im April zugunsten einer aus den vier Mittelparteien gebildeten Koalitionsregierung unter General Plastiras zurück.

Jugoslawiens Regierungschef Tito zeigt heute deutlicher denn je, daß er nicht willens ist, bloß eine Marionette Moskaus zu sein. Noten und Proteste wechseln zwischen Moskau und Belgrad hin und her. Tito arbeitet auf ein freundschaftliches Verhältnis mit Griechenland

hin und sucht sogar Finanzhilfe im kapitalistischen Westen. Dagegen hat er einem Appell Sforzas, auch mit Italien in Bezug auf die Triester Frage ins Reine zu kommen, prompt abgewunken. Wie sich auch die Situation weiter entwickeln mag, so wird stets zu berücksichtigen sein, daß Tito überzeugter Kommunist ist und daß infolgedessen auch eine Abwehrfront Belgrad-Saloniki-Athen nur solange vor Überraschungen gesichert bleibt, als Tito aus Gründen der Selbsterhaltung gezwungen ist, mit den „monarcho-faschistischen“ oder „kapitalistischen“ Staaten den politischen Waffenstillstand einzuhalten.

In den Kontinenten

Hat der Kalendermann sich nun ziemlich gründlich in europäischen Ländern umgesehen, so kann er es summarisch nehmen mit dem, was sich an kontinentalen Gegenständen herausgebildet hat. Das weltgeschichtlich Große, das sich hier abspielte, bedarf keiner langen Erklärungen und Beschreibungen. Hier spricht die Wucht der Tatsachen für sich selbst. China, Indien, Indonesien und Korea sind Brennpunkte der Weltpolitik geworden. Was der Kalendermann vor einem Jahr kommen sah, der Vormarsch der kommunistischen Heere aus Mittelschina bis in den Süden, ja bis vor die Tore von Hongkong, ist geschehen. Die historische Umwälzung in China, die durch das Eingreifen Russlands in der Mandchurei eröffnet wurde, welches den Kommunisten erst die Waffen für ihren Siegeszug verschaffte, war im Spätherbst 1949 schon an ihrem Ziele angelangt. Wie im Mai Schanghai, ist Mitte Oktober Canton den Kommunisten fast kampflos zugefallen. Der Widerstand in den Küstenstädten nordöstlich der wichtigen Hafenstadt erlosch kurz nachher. Formosa ist heute letzte Zuflucht für die nationalistischen Truppen und ihren Führer Tschiang Kai Schek.

Großbritanniens Labourregierung säumte nicht lange, die neue kommunistische Regierung in China zu anerkennen, in Washington konnte man sich hiezu nicht entschließen; für den Chef des Außenamtes, Acheson, ist und bleibt China das schwerste Problem. Chinas Schicksal liefert neben den europäischen Oststaaten den Beweis dafür, daß die westliche Hemisphäre im schwersten Kampf um die Fundamente der Kulturen und Lebensformen steht, über dessen Tragweite man keine Vorstellung hat, dessen Ausgang aber das Weltbild der kommenden Jahrhunderte bestimmen wird. Der kommunistische Sieg in China greift bereits auf die Randgebiete über. Im Norden ist die 2 Millionen Einwohner zählende, aber an Ausdehnung Frankreich um das Doppelte umfassende Provinz Sinkiang bereits sowjetisiert und mit Flugplätzen ausgestattet, von da aus wird das weltverlorene Tibet eingestreckt werden. Südostasien wird von Norden her eingekreist. In Burma hat sich die Regierung ständiger kommunistischer Attentate und Sabotageakte zu erwehren. Im südlichen Teil der hinterindischen Halbinsel ist der Kalte Krieg in regelrechten heißen Krieg übergegangen. England schießt sich an, das Hinterland von Singapore mit starken Kräften zu säubern und erhält dabei tatkräftige Hilfe von Australien. Aber der Dschungelkrieg ist bekanntlich eine schwere Sache. Über den Abfall Indonesiens vom Mutterland hat der Kalendermann unter Holland berichtet.

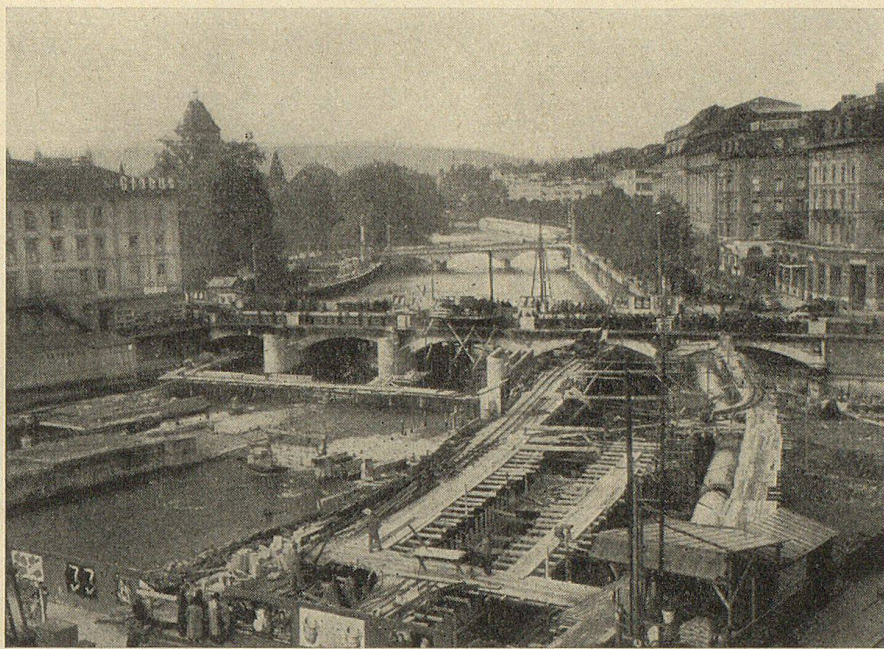
Ein drastisches Beispiel, wie Moskau es versteht, seine Satelliten für sich kämpfen zu lassen, Verlustrisiken abzuladen, aber Gewinnchancen für sich zu sichern, liefert

Korea

Dieses Land ist nach dem letzten Weltkrieg schematisch, mit Grenze längs dem 38. Breitengrad, in zwei Teile geteilt worden. Dem russischen „Beispiel“, die Besatzungsgruppen aus Nordkorea zurückzuziehen, folgte auch Amerika, das sich darauf beschränkte, der südkoreanischen Regierung militärische Berater zur Verfügung zu stellen. Am 25. Juni erlebte die Welt wieder einen Friedensbruch, wie er im Buche steht. Nordkoreanische Truppen schritten über die Grenze und zwar mit schätzungsweise 150 000 Mann, wohlorganisiert und modern bewaffnet. Während man sich also im Süden auf den Frieden eingerichtet hatte, baute man im Norden eine vollendete Kriegsmaschine auf. In Moskau sucht man die Achseln, spielt den unbeteiligten Zuschauer und erklärt, daß es sich um einen Bürgerkrieg handle, in den man sich nicht hineinmische. Die ganze in der UNO zusammengeschlossene Welt aber erkennt die Hintergründe dieser Aktion. Es ist wie Präsident Truman sagte: „Der Überfall kommunistischer Streitkräfte auf Korea bedeutet eine Warnung, daß ähnliche Überfälle sich auch in andern Teilen der Welt ereignen könnten. Die freien Nationen müssen mehr denn je auf der Hut sein.“

Amerika ist es denn auch, das dieser Aggression mit allen seinen Nachmitteln entgegentritt. Die südkoreanischen Streitkräfte erlagen in den ersten Kampfwochen der kommunistischen Übermacht, auch die schwachen amerikanischen Hilfsgruppen vermochten die Flut nicht aufzuhalten. Am 7. Juli fiel die Hauptstadt Seoul in die Hände des Feindes, bald darauf drang der Gegner über den Chum-Fluß vor und eroberte nach harten Kämpfen Taejon. Von da setzten die Kommunisten ihre Offensive der ganzen Westküste Koreas entlang bis zu den südwestlichen Häfen fort. Mittlerweile aber treffen mit schweren Waffen ausgerüstete amerikanische Truppen ein, der Widerstand verstärkt sich, so daß General MacArthur sich über die Siegesaussichten höchst zuversichtlich ausspricht. Bis aber der Entscheid wirklich gefallen ist, kann es noch sehr lange gehen. Denn auch Moskau sorgt für ständige Nachschübe an die Front.

Korea ist nun das aktuellste Problem, sodaß man daneben den andern Gefahrenherd leicht übersehen könnte: Indochina. Ungewohnte Namen vernimmt das Ohr: Vietnam (alter Name für Tonking, Annam und Teile Cochinchinas), Bao Dai: der Gründer der Föderation



Die Umbauten am Limmatquai und an der Bahnhofbrücke in Zürich (Photopress)

von Indochina und vietnamesischer Kaiser von Frankreichs Gnaden, Ho Chi Minh: Führer der Partisanenbewegung des Viet Minh, deren Ziel die völlige Befreiung von fremder Herrschaft ist – der geneigte Leser muß jetzt nur noch an Mao Tse-tung in China und an die in Moskau gezogenen Fäden denken – dann hat er einen Blick getan in die Karten, mit welchen hier gespielt wird.

So steht es in der östlichen Welt. Ihr steht der Block der Westmächte unter Führung der Vereinigten Staaten gegenüber. Mit der Marshallhilfe hat Amerika den wirtschaftlichen Zusammenbruch Westeuropas aufgehalten. Mit ungeheuren Rüstungskrediten hält es seine eigenen militärischen Kräfte auf modernster technischer Höhe und versorgt zugleich die im Atlantikpakt vereinigten Staaten mit dem notwendigen Material. So ist im Juli 1949 allein ein Kredit von 1450 Millionen Dollar für die Waffenhilfe an Europa bewilligt worden. Im Osten sieht man darin nichts anderes als „Bedrohung durch den Kapitalismus“, Präsident Truman aber antwortete auf diese Anklagen in einer Rede wie folgt: „Unter zynischer Mißachtung der Hoffnungen der Menschheit haben die Führer der Sowjetunion von Demokratie gesprochen, aber die Diktatur errichtet. Sie haben die nationale Sklaverei eingeführt. Sie haben Frieden gepredigt, aber ihre Energien dazu verwendet, um den Krieg vorzubereiten“.

Kanada betrauert den Tod von Mackenzie King, der von 1935 bis 1948 Premier des Staates war und als solcher im zweiten Weltkrieg den Westmächten eine nicht genug zu schätzende Waffenhilfe geleistet hat.

Die politische Situation Südamerikas bietet gegenwärtig kein erfreuliches Bild. Von Panama bis Feuerland erlebt dieser ruhelose Kontinent neuerdings die Ausbreitung und Festigung totalitärer Regierungs-

methoden. Die zunehmende Industrialisierung verschärft den Gegensatz zwischen Stadt und Land. Wo die Massen unzufrieden sind, findet der Kommunismus leichten Eingang. Sowohl in Chile als auch in Brasilien ist die Agrar-Reform unaufschiebbar geworden. Nur mit dem Kampf gegen den Kommunismus läßt sich die politische Lage nicht stabilisieren. Dieselben Wirtschaftsschwierigkeiten beunruhigen auch in zunehmendem Maße das innenpolitische Leben Argentinien's. Im Kampf um die Massenbasis unterwirft die Regierung Peron die Presse, die Oppositionsparteien und das ausländische Kapital einer zusehends sich verschärfenden Kontrolle.

Die Pole der Unruhe in Afrika sind Ägypten im Norden und am entgegengesetzten Punkt die Südafrikanische Union. Ägypten will sich vollständig von Großbritannien lösen. „Wir können den Suezkanal selber verteidigen.“ Dieses ägyptische Malaise ist nur ein Teil der allgemeinen Mißstimmung, die alle Staaten der arabischen Union, ja den ganzen Nahen Osten mit Syrien und Palästina gegen das Abendland an den Tag legt. In Südafrika führt die Rassenpolitik der Regierung Malan von Zeit zu Zeit zu blutigen Zwischenfällen. Umsonst warnt der alte Marschall Smuts und mahnt, zu einer Politik der Menschlichkeit zurückzukehren.

Und Indien, die Republik der 320 Millionen Menschen? Am 26. Januar hatte das Reich seinen großen Tag mit der feierlichen Inkraftsetzung der neuen Verfassung, die die verschiedenen bisherigen Fürstenstaaten oder Staatengruppen zur Indischen Union zusammenschließt. Der erste Staatspräsident ist Dr. Rajendra Prasad, Präsident des Ministeriums Pandit Jawaharlal Nehru. Noch ist das Verhältnis zum andern indischen Großstaat, zu Pakistan, nicht ganz normalisiert, auch der religiöse Gegensatz zwischen Hindus und Moslems entlädt sich leicht in blutigen Exzessen. Aber die Regierung bemüht sich ernstlich, die Leidenschaften einzudämmen; sie wird auch, wie Nehru versichert, sich dem Kommunismus mit Entschiedenheit entgegenstemmen.

Wie bescheiden nimmt sich vor dem gewaltigen weltpolitischen Hintergrund das Geschehen in unserer kleinen

Schweiz

aus. Und doch ist das unsere Welt, hier sind „die starken Wurzeln unserer Kraft“, des Vaterlandes Schicksal ist unser Schicksal, mit ihm sind wir auf Gedeih und Verderb verbunden.

Viermal sind die Bürger des ganzen Landes zu wichtigen Urnensentscheiden aufgebeten worden. Am 12. September hat der Souverän die von Bundesrat und Parlament abgelehnte Initiative „Rückkehr zur direkten Demokratie“ (Befristung der Dringlichkeitsbeschlüsse) mit 280 755 Ja gegen 272 599 Nein angenommen. Stimmbeteiligung 14 gegen 11; Stimmbeteiligung 40 Prozent. Am 12. Dezember wurde das Beamtenbesoldungsgesetz mit 546 160 Ja gegen 441 785 Nein angenommen. Stimmbeteiligung 69 Prozent. Auf den 29. Januar fiel der Entscheid über die Weiterführung der eidg. Wohnbaufubventionierung. Ergebnis: Ablehnung mit 333 878 Ja gegen 387 456 Nein. Stimmbeteiligung 51,6 Prozent. Der wichtigste Volksentscheid folgte am 4. Juni. Nach jahre-

langen, schließlich auf einen toten Punkt gelangten parlamentarischen Debatten über die Bundesfinanzreform blieb nur noch der Vorschlag der Einigungskommission übrig, der die direkten Steuereinnahmen des Bundes in die Form von kantonalen Kontingentsbeiträgen kleidete. Das war aber nur ein Teil eines finanziellen Gesamtplanes, in dem auch die Warenumsatzsteuer, die Zölle, die Verrechnungssteuer, die Sondersteuer auf juristischen Personen etc. bestimmend für den Urnengang ins Gewicht fielen. Die vielen Angriffsflächen, die die Vorlage bot, wurden ihr zum Verhängnis; das Volk verabschiedete sie mit 486 381 Nein gegen 267 770 Ja und mit 18 verwerfenden und 7 annehmenden Ständen.

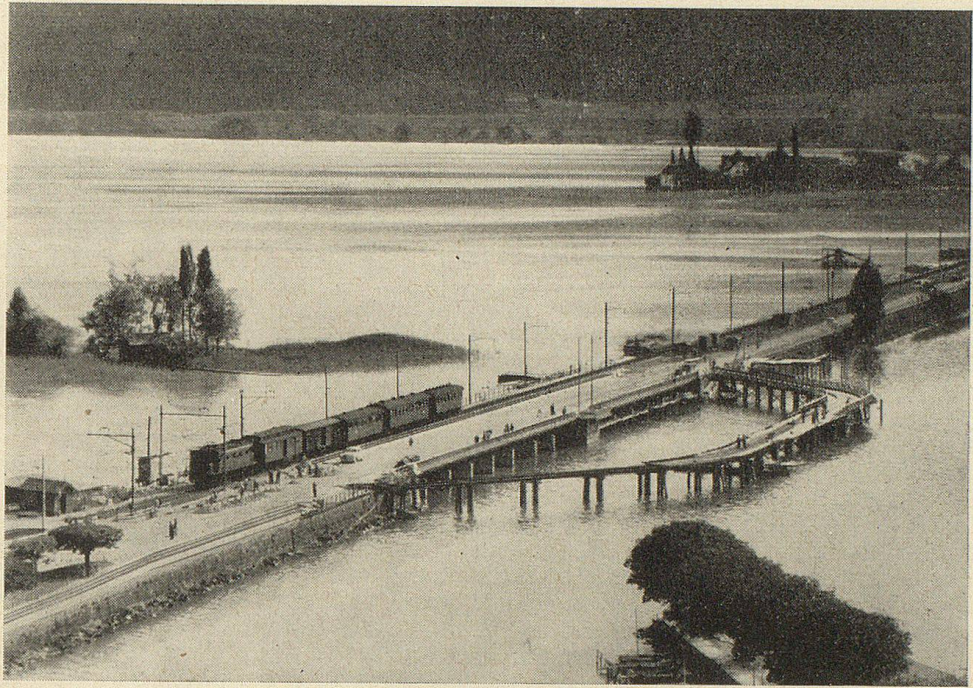
Ein außerordentlich lebhafter politischer Betrieb herrschte in den Kantonen und Gemeinden. Von den kantonalen Wahlen und Abstimmungen seien hier nur die wichtigsten aufgeführt: Zürich entsandte nach zwei heftigen Wahlgängen Gottlieb Duttweiler in den Ständerat, während die Stadt Zürich die sozialistische Mehrheit im Stadtrat nach rund 20 Jahren erstmals wieder beseitigte, den Pözl. Mann Woog verdienstermaßen aus dem Räte hinauswarf und das Stadtpräsidentenamt dem Freisinnigen Dr. Landolt in die Hände legte. Die städtischen Gemeinderatswahlen erbrachten folgende Mandatzahlen: Sozialdemokraten 40 (bisher 38), Freisinnige 28 (25), Landesring 28 (21), Christlichsoziale 16 (14), Bauernpartei 5 (4), Demokraten 4 (4), Partei der Arbeit 4 (bisher 19!). Die Waadtländer Gemeindevahlen, besonders jene in Lausanne, brachten einen ganz ähnlichen Rechtsruck; im Lausanner Stadtparlament haben nun die Bürgerlichen 55 Sitze inne, die Linksparteien 45. Die Thurgauer Regierungsratswahlen verliefen auf Grund einer gemeinsamen Liste friedlich und führten zur Bestätigung der bisherigen 5 Regierungsmänner. Zum Kampf kam es dagegen bei den Grossratswahlen, dabei erhöhten die Freisinnigen und Bauern ihre Mandatzahl von 59 auf 63 und eroberten damit die absolute Mehrheit zurück. Die Katholiken blieben mit 28 Sitzen gleich, Sozialisten und andere verloren 2 Sitze. - Baselstadt brach die seit 1935 bestehende rote Mehrheit im Regierungsrat dank der bürgerlichen Einigung auf eine Liste. Bei den Grossratswahlen erlitt die Pözl. eine ähnliche Niederlage wie in der Stadt Zürich, sie fiel von 31 auf 18 Mandate; im übrigen hat in Bezug auf den Stimmengewinn der Freisinn am besten abgeschnitten. Mit größtem Interesse verfolgte man die Neuwahlen im volkreichsten Kanton Bern. Die Regierungsratswahlen brachten im 1. Wahlgang den Sieg der bürgerlichen Kandidaten. Die Grossratswahlen brachten den Freisinnigen den stärksten Stimmengewinn. Die Hauptmasse der Wähler aber steht gleich wie im Jahre 1946 bei der Bauernpartei und den Sozialdemokraten. Im Baselbiet sind in den Partei- und Mandatsstärken fast keine Veränderungen eingetreten. Die Bündner hatten den Regierungsrat neu zu bestellen, es bedurfte dazu dreier Wahlgänge, am Ende bestand die Regierung wie bisher aus zwei Demokraten, zwei Katholisch-Konservativen und einem Freisinnigen. Bei den Glarner Landratswahlen blieben die Fraktionsstärken genau gleich wie bisher: 25 Freisinnige, 21 Demokraten, 13 Sozialdemokraten und 9 Katholiken.

Die Landsgemeinde von Appenzell A. Rh. in Trogen hatte nur eine einzige Neuwahl zu treffen. Für den zurücktretenden Oberichter Diem wurde neu in das oberste Gericht des Standes gewählt Kriminalrichter Krüsi in Waldstatt. Von den vier Sachvorlagen fanden nur zwei die Gnade des Souveräns: die Teilrevisionen des Jagdgesetzes und jene des Wirtschaftsgesetzes. Abgelehnt wurde die sozialdemokratische Initiative auf Revision des Steuergesetzes und, mit schwacher Mehrheit, auch die Vorlage über die Besoldungen des Regierungsrates, obschon sie nur die auf dem Wege der Teuerungszulagen seinerzeit vorgenommenen Besoldungserhöhungen verankern wollte.

Die Innerrhoder Landsgemeinde stimmte der Verstaatlichung der Straße Weißbad-Wasserauen und dem Ausbau derselben im Voranschlag von 320 000 Fr. zu.

Um ein ganz dunkles Kapitel der Jahreschronik kommt der Kalendermann leider nicht herum: es war ein Jahr der Prozesse und Affären aller Art, das auf bedenklich erschütterte Moral in weiten Kreisen des Volkes schließen läßt. So mußte die Bundesanwaltschaft 17 Weinhandelsfirmen wegen ungerechtfertigten Bezuges von Bundesgeldern bei der Weißweinaffäre anklagen. Ähnlicher Art waren die Affidavit-Affären, auch hier haben gewinnstüchtige Leute, und zwar Kleinbanken, Notare und Einzelpersonen sich auf Kosten gutgläubiger Erwerber von schweizerischen Wertpapieren zu bereichern versucht. Der „Windstößer“-Prozess enthüllte ein ganzes System betrügerischer Handlungen an vertrauensseligen Leuten. Ins militärisch-politische Gebiet gehören der Bunker-Prozess, in dem die liederliche Ausführung eines zum Glück nur kleinen Teils unseres Bunkersystems an den Tag kam. In gerechter Empörung nahmen besonders unsere Wehrmänner Kenntnis von den Verrätereien eines Steiner und Gerber; der erste hat als PSE-Angestellter während Jahren Telegramme kopiert und an eine fremde Macht verraten, noch schlimmer war die Tat des Angestellten Gerber, der in der eidg. Konstruktionswerkstätte Pläne und Zeichnungen stahl und einer fremden Macht hinterbrachte. Also landesverräterische Handlungen, die in der Kriegszeit mit dem Tode bestraft worden wären.

Demgegenüber registriert der Kalendermann gerne auch die Tage der Feste und der erfolgreichen technisch-wirtschaftlichen Unternehmungen.



Seedammbrücke von Rapperswil von der St. Gallerseite vor der Vollendung. Rechts die hölzerne Notbrücke, die während der Bauzeit die Hauptbrücke ersetzte. (Photopreß)

gen. Graubünden gedachte eines entscheidenden Ereignisses des Schwabenkrieges, nämlich der Calvenschlacht sowie des 150. Jahrestages des Beitritts zur Eidgenossenschaft. Die Stadt Zürich kann auf 600-jährige Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft zurückblicken. Wenn der Schweizer im Buch der Geschichte blättert und sich den alten Zürichkrieg, den Waldmannhandel, die Mailänderkriege, die Reformation, den Bauernkrieg, die konfessionellen und politischen Kämpfe bis zum Zusammenbruch von 1798 und die verfassungswirtschaftliche, wirtschaftliche und verkehrspolitische Entwicklung der Neuzeit in Erinnerung bringt, und wenn er die Bilder des alten und des modernen Zürich miteinander vergleicht, dann wird er erst der Bedeutung jenes politischen Zusammenschlusses so recht bewußt. Gewaltige technische Erneuerungen wie die Umbauten am Limmatquai lassen erahnen, wie die Großstadt Zürich in weiteren 50 oder 100 Jahren aussehen wird. Wie dort am untern Ende des Zürichsees, so erhebt auch am obern Teil, bei Rapperswil, ein großes Werk, dem allerdings jahrelange Verhandlungen vorausgegangen sind und das in der Kriegszeit eine Stockung erlitten hat: es ist der Seedamm mit Eisenbahn- und Straßenbrücke ans schwyzerische Ufer hinüber. Es ist ein Gemeinschaftswerk, getragen vom Bund und den Kantonen St. Gallen, Schwyz und Zürich. Am 15. Juli ist die Seedammbrücke dem Verkehr übergeben worden; im Mai 1951 soll die ganze Seedammkorrektur vollendet sein.

Nicht vergessen seien auch die Werke von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, die zur Zeit in den Alpen-tälern im Bau sind: die Kraftwerke im Grimselfgebiet, im Oberhalbstein und im Maggialtal.

Und nun, lieber Leser, kommt der Kalendermann zur ersten Frage zurück: Kommt es zum dritten Weltkrieg?

So schwer es ist, weltpolitische Prognosen zu stellen, möchte der Kalendermann doch vor lähmender Sorge und trübem Pessimismus warnen. Vorläufig kann Rußland den Westen noch nicht überfallen, denn noch sind lange nicht alle Voraussetzungen zum kriegerischen Erfolge gegeben. Rußland hat es auch nicht nötig, das Letzte einzusetzen, so lange ihm im Fernen Osten große Erfolge fast mühelos in den Schoß fallen. Vor allem lasse man sich von den Zeitungsstrategen nicht verblüffen. Das Gerücht von den 10 000 Tanks, mit welchen der Westen überannt wird, erledigt sich durch die Tatsache, daß heute selbst dem schwersten Tank mit modernen Kampfswaffen der Garauß gemacht werden kann. Es kommt im Kriege überhaupt immer anders heraus, als die Theoretiker des Krieges voraussagen. Gewiß sind, wie der Leser aus dieser Weltumschau entnehmen konnte, der Gefahrenherde viele in der Welt. Und wenn sich Spannungen zusammenballen, so wächst die Gefahr einer Entladung ins Riesengroße. Dies sei in realpolitischer Nüchternheit festgestellt. Der Kalendermann will diesen Tatsachen auch keine „Hoffnungsstrahlen“, „Silberstreifen“ und andere Wunderdinge entgegensetzen.

Aber den Blick höher hinaus über den Wirrwarr der Zeit, über alle Bosheit und Schwachheit der Menschen, über alles irdische Kämpfen und Erleiden möchte er lenken auf den, der der Menschen und der Völker Schicksale in seiner Hand hält. Es gibt einen Glauben, der Berge versetzt, in dem das „Dennoch“ des Propheten Jesaias – „dennoch bleibe ich stets bei dir!“ – zur beglückenden Begleitung in die Zukunft wird. Nehmen wir, statt das Unabwendbare in Furcht und Zittern zu erwarten, jeden Tag des Friedens und der gesegneten Arbeit als Gottes Geschenk an und lassen wir „seiner Gegenwart Gefühl“, wie es in unserem Landsgemeindelied so schön heißt, der Engel sein, der uns leitet durch helle und dunkle Zeiten.

Totentafel

Mitten aus rastloser Arbeit für den Staat heraus, die er zuletzt einem schweren Leiden mit bewundernswerter Energie abtrotzte, wurde Regierungsrat Ernst Graf, St. Gallen, mit 65 Jahren dem Leben entrissen. 1912 hatten die Freisinnigen des Bezirkes Gossau den jungen Anwalt in das erste nach dem Proporz gewählte Parlament des Kantons portiert, wo der schlagfertige Debatter eine rege fortschrittliche Tätigkeit auch in den verschiedenen Kommissionen entfaltete. Seine Wahl in den Sankt Galler Stadtrat gab ihm Gelegenheit, sich als Verwaltungsmann zu bewähren, brachte ihm aber auch ein Übermaß von Arbeit. Er leitete zuerst das Bau-, später das Schul- und Polizeiwesen. 1941 wählte ihn das St. Galler Volk als Nachfolger des in den Bundesrat gewählten Regierungsrat Dr. R. Kobelt in den Regierungsrat. Auf dem Gebiet des kantonalen Bau- und Straßengewesens hat er, der auch einmal das Landammannamt bekleidete, Hervorragendes geleistet. Innere religiöse Überzeugung berief ihn auch zum Dienst in der Kirche als Mitglied der Synode und des Kirchenrates.

Auch alt Bundesrichter Dr. Joh. Carl Engeler, St. Gallen, der im hohen Alter von 86 Jahren starb,

ging aus dem Anwaltsstande hervor, durchlief dann die Beamtenlaufbahn, wurde Kantonsgerichtsschreiber und Kantonstrichter. Den Höhepunkt seiner richterlichen Tätigkeit brachte seine Wahl ins Bundesgericht, dem er bis zu seinem 72. Jahre angehörte. Der hervorragende Richter gehörte der katholisch-konservativen Partei an.

Sein Altersgenosse war alt Landammann Edwin Hausler in Glarus. Nachdem er sich als Anwalt und Journalist betätigt hatte, Mitglied des Gemeinderates von Glarus und des Landrates gewesen war, wurde er zum Regierungsrat gewählt, dem er volle 30 Jahre angehörte, und war während sechs Jahren Landammann. Dem Ständerat, in dem er die kleine „sozialpolitische Gruppe“ vertrat, gehörte er von 1921 bis 1938 an und war 1937 dessen Präsident.

Eine führende Persönlichkeit des Juger Kreisnins war der mit 66 Jahren verstorbene alt Landammann Dr. Albert Meyer. Er war lange Jahre Präsident der freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Zug und gehörte von 1921–1940 dem Juger Regierungsrat und von 1921–1943 dem Nationalrat an.

Eng mit dem Bau des Simplon-, des Weissenstein- und des Lötschbergtunnels und zuletzt mit dem Bau der Aarebrücke in Aarau verknüpft ist der Name des Aarauers Ferdinand Kothpletz, dem die E.S. anlässlich der Schlusssteinlegung des Simplontunnels die Würde eines Ehrendoktors verlieh. Im Zweiten Weltkrieg zeichnete er sich als Organisator der Flüchtlingslager aus.

Ein reich erfülltes langes Leben im Dienste der Kirche und der Gemeinnützigkeit schloß mit alt Dekan Albert Christian Kothener in St. Gallen seinen Kreis. Geboren 1867, amtierte der junge Pfarrer zuerst im Glarnerland und in Basel, bis er 1901 an die Pfarrei Einsbühl seiner Vaterstadt St. Gallen berufen wurde. Der kraftvolle Mann, einst ein bekannter Kunstturner, entwickelte neben seinem Amt eine weitverzweigte gemeinnützige Tätigkeit. Eine Lebensarbeit hingebenden und gewissenhaften Dienstes am hilfsbedürftigen Menschen, die aus der Geschichte der Gemeinnützigkeit der Schweiz nicht mehr wegzudenken ist, leistete Pfarrer Albert Wild in Zürich. 25 Jahre verwaltete er das Amt eines Zentralsekretärs der Schweiz. Gemeinnützigen Gesellschaft und sein „Handbuch der sozialen Arbeit in der Schweiz“ ist für jeden Fürsorger unentbehrlich.

Was wäre die Fürsorge ohne den von hoher ethischer Berufsauffassung erfüllten Arzt? In diesem Geiste hat der in Basel verstorbene hervorragende Chirurg und Gynäkologe Prof. Dr. Albert Labhart gewirkt als Direktor des Frauenspitals und Universitätslehrer, dem es heiligste Pflicht war, Leben zu erhalten und zu schützen und der sich darum mit Kräften für die Stellung der Frau einsetzte. Tausenden hat Dr. Beda Hässig, der Chef der St. Galler Augenklinik das kostbare Gut des Augenlichtes erhalten oder wieder geschenkt, auch er ein Meister seines Faches.

Ein Hüter bester Tradition und historischer Verbundenheit mit dem Heimatboden war der Senior der schweizerischen Burgenforscher, der „Burgenvater“ Dr. h. c. Gottlieb Felder, der in Gossau im 85. Altersjahre starb. In seinem Werk über die Burgen des Kantons St. Gallen und Appenzell, wie in dem Heimatbuch der



1. Regierungsrat Dr. Ernst Graf, St. Gallen. 2. Alt Bundesrichter Dr. Joh. Karl Engeler, St. Gallen. 3. Burgenvater Dr. h. c. Gottlieb Felder, Goßau. 4. Dekan Albert Rothenberger, St. Gallen. 5. Weltmeisterschütze Jean Reich, Thal. 6. Dr. med. Beda Hässig, St. Gallen. 7. Dr. Walter von Bonstetten, Präsident des Schweiz. Pfadfinderbundes. 8. Alt Landammann Edwin Hauser, Glarus. 9. Alt Pfarrer Albert Wild, Zürich. 10. Professor Dr. med. Albert Labhart, Basel. 11. Alt Landammann Dr. Albert Meyer, Zug. 12. Alt Nationalrat Dr. h. c. Ferdinand Rothpletz, Aarau.

Stadt St. Gallen, hat er seiner engeren Heimat ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Unter dem Eindruck der freieren, Geist, Körper und Charakter in gleicher Weise berücksichtigenden Erziehung Englands wurde der flotte Kavalliermajor aus albernischem berühmtem Geschlecht, Dr. iur. Walter von Bonstetten einer der eifrigsten Förderer von Turnen

und Sport und der schweizerischen Pfadfinderbewegung.

Ein Meister unseres nationalen Schießsportes war der mit 77 Jahren in Thal (St. Gallen) verstorbene Jean Reich. Nicht nur an schweizerischen Festen bewies er sein Können, sondern auch an zehn internationalen Schützenmatches. 1910 sicherte er sich in Loosduinen (Holland) die Weltmeisterschaft.